

Handelsblatt online vom 08.05.2018

Politik  
 Deutschland  
 Länder handeln neuen Hochschulpakt aus

## Länder handeln neuen Hochschulpakt aus

### Wirtschaft will mehr Studenten an Fachhochschulen bringen

**Wirtschaft und Rektoren glauben: Die meisten Studenten gehören an die Fachhochschule. Nun gibt es eine neue Chance für diesen Vorschlag.**

Die Technische Hochschule Köln ist eine der besten ihrer Art - der Stifterverband der Wirtschaft für die Wissenschaft hat sie unlängst für Spitzen-Lehre mit dem Genius-Loci-Preis ausgezeichnet. Eigentlich ist die TH Köln eine Fachhochschule - die größte der Republik. Seit 2015 nennt sie sich 'Technische Hochschule'.

Das klingt besser und soll die großen Ambitionen zeigen: zukunftsweisende Lehre, Forschungsstärke und internationale Ausrichtung. Die TH Köln steht für die Erfolgsgeschichte der Fachhochschulen, ihren Ehrgeiz - und ihre Probleme: Erst 1971 gegründet, hat die TH Köln heute 26.000 Studierende - jährlich kommen 5000 hinzu. 420 Professoren unterrichten mehr als 90 Studiengänge.

Vor 50 Jahren, im Oktober 1968, gründeten die alten Bundesländer die Fachhochschule. In ihr gingen Ingenieur- und Wirtschaftsfachschulen auf, deren Abgänger böswillige Universitätsangehörige damals noch als 'Schmalspurakademiker' verspotteten. Heute lernt fast eine Million junger Leute an Fachhochschulen, die sich oft auch 'University of Applied Sciences' nennen. Das entspricht rund einem Drittel der insgesamt gut 2,8 Millionen Studenten. Unschlagbar ist die Verbundenheit der FHs zu Unternehmen der Region. 'Ihre praxisnahe Ausbildung hat über Jahrzehnte maßgeblich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft, vor allem unseres starken Mittelstandes, beigetragen', sagt Hippler.

Da wäre es höchst sinnvoll, wenn sie auch weit mehr Studierende ausbilden würden, erklärt der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler: 'Unsere Hochschulstruktur - rund zwei Drittel der Studierenden an den Unis, nur ein Drittel an den Fachhochschulen - ist falsch. Es müsste eher umgekehrt sein.'

Nur wenige Studenten zieht es in die Wissenschaft

Das findet auch die Wirtschaft: 'Es wäre sehr gut, wenn anteilmäßig deutlich mehr Studenten an Fachhochschulen ausgebildet würden', sagt Volker Meyer-Guckel, Vize-Generalsekretär des Stifterverbandes.

Auch die Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI) hatte in ihrem Gutachten 2018 fürs Umlenken plädiert. Da es nur die wenigsten Studenten in die Wissenschaft ziehe, sei das nur 'bedarfsgerecht', mahnten die Berater der Kanzlerin um den Max-Planck-Ökonomen Dietmar Harhoff.

Der Wissenschaftsrat, das höchste Gremium von Wissenschaft und Politik auf diesem Feld, tritt schon seit Jahren dafür ein, dass die FHs zwei Drittel der Studenten aufnehmen sollten. Getan hat sich jedoch wenig. Ihr Anteil hat sich seit der Jahrtausendwende gerade mal von 25 auf 35 Prozent erhöht (siehe Grafik).

Das ist unverständlich, denn ein Umbau wäre nicht nur in der Sache sinnvoll. Er würde auf Dauer auch viel Geld sparen: Ein Studienplatz an der Uni kostet nach Angaben der HRK selbst ohne die teure Medizin mehr als 7000 Euro pro Jahr, an der FH nur 5300. Allerdings könne man 'rein organisatorisch die vielen Studierenden kurzfristig viel leichter an großen Unis unterbringen als an kleinen FHs', erklärt Hippler. Für einen Umbau Richtung FH müsste die Politik also zunächst viel Geld in Gebäude und Personal investieren.

'Das hätten wir längst tun sollen, spätestens als vor zehn Jahren die Studentenzahlen massiv stiegen', so Hippler, 'es fehlte aber der politische Wille.' Nur Baden-Württemberg und Hamburg haben kräftig umgesteuert und den Anteil der Uni-Studenten auf unter 60 Prozent gesenkt. In Niedersachsen sind es fast unverändert 70.

Doch es gibt eine neue Chance: Bis Frühjahr 2019 müssen Bund und Länder den neuen Hochschulpakt aushandeln. Neu ist, dass der Bund nun dauerhaft in die Mitfinanzierung einsteigt. 'Damit könnte er die überfällige Wende gemeinsam mit den Ländern endlich anstoßen', hofft Hippler. 'Das wäre ein nachhaltiger Beitrag, die Zukunft des Hochschulstandorts Deutschland zu sichern.'

Es würde den Hochschulen auch ganz neue Planungssicherheit bringen: Bisher konnten sie mit dem Geld vom Bund keine dauerhaften Professoren-Planstellen finanzieren, denn die Pakte waren nur auf wenige Jahre angelegte Projekte. Wenn nun der Bund jedoch in die Grundfinanzierung einsteigt, wäre es wesentlich leichter, endlich den überfälligen Ausbau der Fachhochschulen anzugehen.

Die Verhandlungen zum neuen Hochschulpakt, die noch gar nicht richtig begonnen haben, werden zeigen, ob sich die Länder dazu durchringen können, die Anlaufkosten und politischen Mühen für den Umbau der Hochschullandschaft zu investieren, und ob der Bund das Ziel mitträgt.

Unis zu Fachhochschulen umzuwidmen heißt, ihnen das Promotionsrecht zu nehmen

Theoretisch könnte man es sich natürlich leichtmachen und manche kleinere Universität schlicht in eine

Fachhochschule umwidmen. Doch das hieße, ihnen das Promotionsrecht zu nehmen und Professoren zu verdonnern,

statt neun 18 Stunden pro Woche zu unterrichten wie ihre Kollegen an der FH. 'Der politische Preis wäre gigantisch', erklärt ein Ministerialer aus einem großen Bundesland kopfschüttelnd.

Ein Umbau wird zudem gebremst durch das Personalproblem: Fachhochschulen haben vor allem in den Mint-Fächern große Probleme, Lehrpersonal zu finden. Denn sie zahlen weniger als die Unis und brauchen zudem Professoren mit Erfahrung in der Wirtschaft - sie konkurrieren also stark mit Unternehmen, beklagt die EFI-Kommission. Da hilft nur, 'die Gehälter der FH-Professoren anzuheben', meint HRK-Präsident Hippler.

Ein Problem ist allerdings die unklare Rolle der Fachhochschulen. Die Spanne reicht von Mega-Einrichtungen wie der TH Köln bis zu kleinsten FHs wie die in Eberswalde. Ein kleiner Teil versucht, Forschung auf Topniveau zu betreiben, viele konkurrieren mit dualen und immer mehr privaten Hochschulen. Kurzum: 'Das Profil der deutschen Fachhochschule ist total unklar', räumt Rektorenpräsident Hippler ein. Auch sein Vize Karim Khakzar, im Präsidium Sprecher der FHs, sagt: 'Die ehemals scharfen Grenzen zwischen den Hochschultypen Universität und FH verschwinden zunehmend.'

Im Zentrum der Identitätssuche steht das Promotionsrecht, das bisher exklusiv Universitäten zusteht und das diese vehement verteidigen. Doch die Einschlüsse kommen näher: Schon vor Jahren liebäugelte Ex-Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) mit einem Promotionsrecht für Fachhochschulen.

Der Wissenschaftsrat schlug vor, ihnen das in Fächern zuzugestehen, die es an Universitäten nicht gibt. Bisher hat das aber lediglich Hessen in einem Fall getan: Die Hochschule Fulda darf neuerdings Doktoranden in Sozialwissenschaften zum Dr. rer. soc. kühren.

Voraussetzung sind mindestens zwölf forschungsstarke Professoren und entsprechend viele Publikationen.

Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU) sprach von einem 'historischen Ereignis'. Doch die EFI-Kommission beharrt darauf, das Promotionsrecht sollte 'weiterhin exklusiv bei den Universitäten liegen'.

Wie viel und welche Art der Forschung soll eine FH betreiben? Angewandte Forschung ist mittlerweile überall ihr gesetzlicher Auftrag. Der Bund hat dies mit diversen Sonderprogrammen gefördert. Doch der Stifterverband warnt: 'Fachhochschulen müssen ihr Profil schärfen und die Differenzierung in ihren Reihen vorantreiben.


Aber sie sollen keinesfalls kleine Unis werden', mahnt Meyer-Guckel. Mit der universitären Forschung mithalten 'können ohnehin allenfalls 20 Prozent der FH-Professoren'. 'Der Rest sollte sich auch weiterhin auf die Lehre und den Transfer von angewandter Forschung in die Wirtschaft konzentrieren', erklärt Meyer-Guckel.

*Gillmann, Barbara*  
Berlin

<b>Quelle:</b>	Handelsblatt online vom 08.05.2018
<b>Rubrik:</b>	Politik Deutschland
<b>Dokumentnummer:</b>	HB 21256226

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:** [https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON\\_\\_HB%2021256226](https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON__HB%2021256226)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:  
[nutzungsrechte@handelsblattgroup.com](mailto:nutzungsrechte@handelsblattgroup.com)

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH